

Kiel legt erste Landesstudie zu Zwangsarbeitern vor

pl HAMBURG, 26. Juli. In Schleswig-Holstein waren in der NS-Zeit überdurchschnittlich viele Zwangsarbeiter eingesetzt. Das geht aus einem von der rot-grünen Landesregierung bestellten Gutachten hervor, das Kultusministerin Ute Erdiek-Rave (SPD) am Mittwoch in Kiel präsentierte. Es ist nach Kieler Angaben die erste wissenschaftliche Bestandsaufnahme dieser Art in einem Bundesland.

Die Studie des Instituts für Zeit- und Regionalgeschichte der Universität Flensburg kommt zu dem Ergebnis, dass im Gebiet des nördlichsten Bundeslandes rund 225 000 Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge als „Fremdarbeiter“ zu Zwangsarbeit herangezogen wurden, die meisten in den Jahren 1943 und 1944. Die weitaus größten Gruppen kamen aus der Sowjetunion (57 000 Menschen) und aus Polen (37 000 Menschen), gefolgt von 11 000 Franzosen. Vor allem die russischen Kriegsgefangenen, die in der Provinz eingesetzt wurden, befanden sich der Studie zufolge in einem erbärmlichen Gesundheitszustand. Viele seien in den ersten Monaten gestorben. Die Studie stützt sich auf Archive und besonders auf Daten der Allgemeinen Ortskrankenkasse Schleswig-Holstein. Insgesamt wird mit etwa acht Millionen Zwangsarbeitern im Reichsgebiet gerechnet. Dass im Norden wesentlich mehr Ausländer zwangsbeschäftigt waren als im Durchschnitt, liegt nach Einschätzung der Wissenschaftler daran, dass er über einen hohen Anteil Landwirtschaft und viele Rüstungsbetriebe verfügte: 46 Prozent der Zwangsarbeiter in Schleswig-Holstein waren in der Landwirtschaft, rund 35 Prozent in Rüstungsbetrieben.